

Dresdner Volkszeitung

Buchdruckerei: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Buchdruckerei: Görlitz, Stahlberg, Dörsöck,
Auf der Arbeit, Knoblauch
und Söhne, U.-G., Dresden,
Gebauer Kästel, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Schlägen kann jederzeit mit dem Buch oder ohne Gefahr höheren Gewalt, der Verleger der Dresdner Volkszeitung keinen Aufschlag auf Rückverfolgung des Begegnungsortes oder auf Nachahmung der Zeitung.

Bezugspreis einschließlich Heftausgabe mit der täglichen Unter-
tafelzeitung 240 Pf., halbjährlich 120 Pf., Sondernummer 10 Pf.
Telegramm: Dresden-Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Weitnerplatz 10, Dresdner Str. 2621. Heraus-
gabe nur zwischen 12 Uhr und 1 Uhr.
Schriftsteller: Weitnerplatz 10, Dresdner Str. 2521 und 1920.
Gehaltssatz: nur freil. 1 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Mitgliedspreis: Grundpreis: die 30 zum Kreise Rennsteig-
straße 15 Pf., die 90 zum Kreise Rennsteigstraße 200 Pf. für einzelne
Anzeigen 40 Pf. und 200 Pf. Sammelanzeigen, Biellese, mit Min-
destpreis 40 Pf. Preis: Rabatt: für Briefmarkenabrechnung 10 Pf.

Nr. 219

Dresden, Dienstag den 18. September 1928

39. Jahrg.

Leichte Abschwächung Der Stand der Konjunktur

Der Tätigkeitsstab in der deutschen Wirtschaft hat sich nach den Erstellungen des Konjunkturforschungsinstituts für Anfang September wieder leicht abgeschwächt, verhältnismäßig am deutlichsten in den wichtigeren Verbrauchsgüterindustrien. In den produktionsmittelbetrieben wurde die Abschwächung in den letzten Monaten vorwiegend durch erhöhten Auslandsbetrieb gestoppt. Im September dazu haben sich Auftragserteilung und Rohstoffeinfuhr in ihrer konjunkturellen Bewegung auf nahezu unverändert Höhe gehalten und zeigen offenbar nur abgesehen von einer Abschwächung.

Das Institut ergänzt seine Diagnose durch folgende Angaben: „Der Auftrieb der Konjunktur ist sich bei hohen, am Zeit jenseitigen Peripherien verlangsamt. In den letzten Monaten steht auch die Preissteigerung der Verbrauchsgüter mehr und mehr zum Stillstand gekommen. Die Lagerverände rüte dürften sich verringert haben. Im Januarmonat dagegen trat auf dem Markt der kurzfristigen Kredite eine Erleichterung, die jedoch nunmehr einer saisonähnlichen Anspannung Platz macht. Auf dem Kapitalmarkt ist eine Entwicklung trotz vorübergehender verstärkter Inflüsse nicht zu verzeichnen.“

Zusätzlich daran wird folgende nicht ungünstige Prognose gesetzt: „Die an sich starken destruktiven Kräfte, die um die Jahreswende zu einer leichten Abschwächung des Leistungsbetrags führten, haben sich nicht weiter ausgewirkt, sondern — als Folge der Abschwächung — sogar etwas verminder. Wenn auch in den nächsten Monaten mit einer saisonalen Verstärkung des Geldmarktes zu rechnen ist, so macht die momentane Kredit- und Dispositionslage der Wirtschaft den Eintritt stärkerer Rückschlüsse nicht wahrscheinlich.“

Die Stahlhelm-Heger

Der Haushalt des brandenburgischen „Stahlhelms“ gegen die Republik und ihre Regierungen hat sich der zweite Bundesvorsitzende dieser Organisationen am Sonntag in einer Rede in Brandenburg für die Bundesleitung angekündigt. Düsseldorf erklärte, daß die Wirtschaft „programmäßig für den ganzen Stahlhelm gilt“.

„Der giftverschwendende Habsucht heißt es: „Wir lassen mit ganzer Seele den ausgemühten Staats- und Staat, seine Seele und seinen Inhalt, sein Werden und sein Sein. Indem wir öffentl. und rückhaltlose Gegner des heutigen Systems sind, bekämpfen wir zugleich alle dienenden Organisationen, Gruppen und Einzelverschlechterungen (Brandenburg u. a.), die unter dem Vorworte „um Schlimmeres zu verhindern“ ihr Komplizen mit dem von uns bekämpften System sind.“

Die Stahlhelm- und Brandenburgschaft ist also von der Bundesleitung als ihr Programm angenommen worden. Der Stahlhelm ist eine ordinaire Putschorganisation geworden. Damit ist endlich die notwendigeclarität geschaffen. Der neue Staat heißt, hat in seiner Verwaltung nichts zu suchen: heraus mit den Stahlhelmern aus den Lütern der Republik!

Die Hölzer der Hememörder

Berlin, 18. September. (Eig. Kurzspur.) Die sogenannte antikapitalistische Freiheitsbewegung, das Parteidien der Grafe und Sohn, dat in Eisenach eine Tagung abzuhalten. Auf dieser Tagung forderte Herr von Oppen, der Freund der Hememörder, „Zuhörer für die deutschen Hememörder“ auf.

Die Herrschenden solidarisierten sich also offen mit verurteilten Kämpfern, deren Brutalität in den Gerichtsverhandlungen den Abgesetzten anständigen Menschen hervorgerufen hat. Sie nennen sie „Nobler Hememörder“, um sie als edel und erhaben und als Helden einer göttlichen Mission darzustellen. Wenn es noch diesen antikapitalistischen Helden ginge, wäre die deutsche Regierung und Propaganda bald in den Händen von Messerschtern, Totschlägern & Gewaltmenschen. Alles entsprechend der „deutschen Art“.

Das kommunistische Volksbegehren

Der Reichsminister des Innern hat beim kommunistischen Rat auf Volksbegehren durch Bekanntgabe vom 2. September 1928 eingestimmt. Die Eintragungsfrist beginnt am 1. Oktober und endet am 16. Oktober.

Unmittelbar wird mitgeteilt: Der Reichsminister des Innern hat mit Zustimmung vom 17. September die Landesregierungen zur Ausarbeitung des Volksbegehrens die erforderlichen weiteren Anordnungen zu treffen und alle Vorbereitungen für die Durchführung des Eintragungsverfahrens sofort in die Wege zu bringen.

Zur Zeit sind die für die Durchführung des Eintragungsverfahrens vom 8. bis 16. Oktober im Betracht kommenden Vorfälle aufgeführt und Maßnahmen für einen Frieden und rechtsstaatliche Vollang gegeben. Da dem Amtsdirektor ein „Reichsregierung legt großen Gewicht auf ökonomisch und politisch verantwortliches Verlan des Volksbegehrens. Niemand darf Anden zu berechtigter Klage haben, daß die Ausübung des verfassungsgeschützten Eintragungsrechtes auch mangels hoher Maßnahmen unmöglich gemacht und unverhindert werden sei. Ich bitte, alle Gemeindebehörden und Polizeibehörden anzusehen, in allen Fragen nach diesen Richtlinien zu handeln und bei Ausverhandlungen oder Verhandlungen nach die Zahl der Hauptleute.“

Falsche Realisationspolitik

Stellungnahme der sächsischen Parteiinstanzen

Von Montag nachmittag tagte im Dresdner Rathaus eine gemeinsame Sitzung der Landesinstanzen der Sozialdemokratischen Partei Sachsen, der sächsischen Landtagsabgeordneten, der sächsischen Reichstagsabgeordneten sowie der Vertreter der sächsischen Parteipressen, um sich mit der politischen Lage in Sachsen zu befassen, wie sie sich auf Grund der Vorgänge im Reich ergeben hat. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden, Genossen Ebel, hielt Genosse Lipinski ein kurzes Referat zu diesem Thema. Es handelte sich einmal die wichtigsten Ergebnisse der Parteiausschauaufstellung und schließlich den Anwendung der Abschaffung der verschuldeten Wählungen. Weiter besprach er die politische Situation, die sich in wenigen Wochen bei der Zustimmigkeit der Regierungsumbildung ergeben wird, und behandelte in diesem Zusammenhang besonders auch die Frage einer Umgestaltung der preußischen Regierung. Dann vertrat Genosse Lipinski auf den Anfang nächsten Jahres stattfindenden Parteitag, der sich grundsätzlich mit dem Wahlproblem beschäftigen soll, er betonte, daß wir uns schon heute mit den Aufgaben dieses Parteitags beschäftigen müssten. Im Augenblick auf die Frage des kommunistischen Wahlrechts habe im Parteiausschau eine Einigkeitlichkeit geheiratet, daß eine Unterabstimmung nicht in Frage käme, da diese Aktion der Kommunisten ausschließlich gegen die Sozialdemokratische Partei gerichtet sei. Zum Schluß zweigte Genosse Lipinski die Frage eines möglichen Landtagswahlkampfes und die häufige Wertheitigkeit der Partei.

Nach diesem einleitenden Referat stand eine sehr eingehende, etwa vierstündige Aussprache statt, an der sich die Genossen Müller, Witzel, Hesse, Blaum, Büdewitz, Fleißner, Röhring, Kleineis, Nobis, Leipzig, Biebl, Strelak, Seidenreich, Ebel, Senges, Arzt sowie die Genossen Bernd Thiel, Leipzig, und Tom Stendera beteiligten. In dieser Aussprache wurden die stehenden Fragen der Reichspolitik, ihre Rückwirkung auf die sächsische Politik, die Aufgaben des künftigen Parteitags und eine Reihe anderer aktueller Fragen eingehend besprochen. Es begann auf den Panzerkreuzer wurde von verschiedenen Rednern sehr unterschieden, daß es sich hier nicht in erster Linie um eine militärische, sondern um eine Frage der Politik handle. Untere grundsätzliche Einstellung gegenüber der Reichswehr und allen militärischen Rüstungen des Kaiserreichs überwand wurde besonders von den Genossen Strelak, Röhring und Ebel behandelt. Außerdem wurde über die Taktik der sächsischen Reichstagsabgeordneten in Vergangenheit und Zukunft gesprochen. Das Ergebnis der Diskussion entsprach dem Ebel, der mit der Einberufung dieser Sitzung verbunden war, nämlich eine einheitliche politische Linie der sächsischen Partei festzuhalten. Einstimmig wurde daher die folgende Entscheidung angenommen:

„Die Landesinstanzen der Sozialdemokratischen Partei Sachsen haben sich in einer gemeinsamen Sitzung mit den Landtagsabgeordneten und den sächsischen Reichstagsabgeordneten am 17. September mit der politischen Lage in Sachsen nach den Vorgängen im Reich beschäftigt.

Die Möglichkeit, Rüsterrüstungen durch Volkswirtschaft zu verhindern, ist schon durch das Verhalten der Kommunisten schwer zu verhindern, die einen solchen Volkswirtschaft nur zum Kampf gegen die Sozialdemokratie benutzen.

Die kommunistische Partei hat sich bei dieser Aktion noch in ihrer ganzen Klingelheit entblößt. Sie verkündet nicht, daß sie einen Volksentscheid gegen den Panzerkreuzer, sondern gegen die deutsche Sozialdemokratie führt, und forbert in gleichem Atemzug die sozialdemokratischen Arbeiter auf, mit ihr zusammen Einheitsfronten zu bilden gegen die eigene Partei. Dieser Vorstoß der KPD ist in Sachsen bereits zusammengebrochen. Mit tiefem Abscheu wenden sich die Arbeiter von dieser kommunistischen Politik ab, die sich nicht den Erfolg einer gemeinsamen Sache, sondern den Bruderkampf und die Zersetzung der großen Sozialdemokratischen Partei zum Ziel setzt.

Die sächsischen Landesinstanzen sind der Meinung, daß die auf dem Magdeburger Parteitag vorgelegte grundlegende Debatte zum Wahlproblem geführt werden muß unter Zuwendung der Brüsseler Abstimmungsresolution, in der ausdrücklich festgestellt wird, daß „in der kapitalistischen Epoche jeder Krieg kein den Konservatoren des herrschenden Imperialismus trägt“. Reben der Debatte über das Wahlproblem muß der Parteitag eine Entscheidung über den Fall des Panzerkreuzers herbeiführen. Die schwere Schädigung der Partei durch die Panzer-

kreuzerära ist

die notwendige Folie einer von Grund aus falschen Realisationspolitik,

die in einigen Ministerien schon politische Macht sieht und weiterhin Rücksicht nimmt auf das Vertrauen der breiten Massen. Deshalb ist jetzt gegen diese Realisationspolitik der Kampf zu führen mit dem Ziel, der Partei in einer starken Oppositionsstellung wieder ihre Handlungsfreiheit zurückzugeben.

In Übereinstimmung mit dem Beschuß des Parteiausschusses, der die einmütige Ablehnung des Panzerkreuzerbans durch die Partei feststellte, erwarten die Landesinstanzen, daß alle zur Verfügung stehenden Mittel gegen den Weiterbau des Kreuzers, insbesondere auch das dem Finanzminister zustehende Befehl gegen die zweite Rote, angewandt werden.

Die Mitglieder und Funktionäre ih, jetzt in dieser entscheidenden Stunde fest zusammenzuhalten, denn je. Die Landesinstanzen rufen alle Bezirke auf, jetzt und gerade jetzt in die seit langem vorbereitete Veraktion für die Partei mit aller Kraft einzutreten. Wer die Partei erobern will, muß ihre Organisation aufbauen.

Aus Werk, Genossen! Noch immer gilt das Wort:
Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

Neben dieser Entscheidung hinzu wurde weiterhin beschlossen, daß in Zukunft bei allen wichtigen politischen Fragen nach Möglichkeit der Landesbeauftragten oder die Landesinstanzen zusammentreten, um ein möglichst einheitliches Mandat der sächsischen Parteigruppationen zu erreichen. Schließlich wurde der Beschuß gefasst, in absehbarer Zeit, wahrscheinlich gegen Ende dieses Jahres, einen Landesparteitag abzuhalten. Auf die Zusammensetzung soll neben den Fragen der Landespolitik und der Beurteilung der kommunalpolitischen Richtlinien ein Referat über die Strukturungen der Reichspolitik auf Sachsen gesetzt werden.

Mit diesen Beschlüssen hatte die etwa sechzigjährige, gut verlaufene Sitzung ihr Ende erreicht.

Bürgerkrieg um Wien?

Von Dr. Julius Deutsch, Wien

Der österreichische Zeitungen zu Gesicht bekommt, kann jetzt täglich von Tafelrath in Lünen der Heimat weiteren lesen, von kriegerischen Rüstungen und von wilden Drohreden der Heimwehrhauptleute, die die Bürgerkriegsvorbereitungen mühlos begleiten. Ein schwanger Tirol schwächt man von einem „Marsch nach Wien“ und stellt sich so an, als ob der kleine Tiroler Provinzadofat, der die Tiroler Heimwehrbanden kommandiert, den Russischen Marsch nach Rom nachahmen könnte. So weit ist es natürlich noch lange nicht. Österreich ist nicht Italien, und Steidle ist kein Mussolini.

Aber es wäre anderseits doch verfehlt, den österreichischen Heimwehrmännern jede Bedeutung abzusprechen und die Gefahr, die von ihnen ausgehen, zu unterschätzen. Die Gefahr liegt vor allem darin, daß es den Heimwehrmännern gelingen ist, im österreichischen Bürgerkrieg eine ausgesprochen fäschistische Ideologie zu erwidern. Die bürgerlichen Parteien sind heute bis zu einem gewissen Grade die Gefangen jener politischen Wildlinge geworden, die den Tag kaum mehr erwarten können, an dem sie mit Waffen gegen die organisierte Arbeiterschaft zu ziehen beginnen. Neben das österreichische Bürgerkrieg hat der Faschismus tatsächlich einen Erfolg davon getragen! Aber von diesem Erfolg bis zum Siege über eine so gut organisierte und gekämpft geführte Arbeiterklasse, wie es der österreichische ist, hat es noch keine guten Wege...

Die politische Lage in Österreich steht im Zeichen des Kampfes um den Mieterschutz. Die fäschistischen Platten laufen Sturm, obwohl die Aufrecht-

erhaltung des Mieterschutzes nicht allein im Interesse der Arbeiterschaft liegt, sondern auch für große Teile des Klein- und Kleinstadtindustrie Österreichs von der größten Bedeutung ist. Ja, es ist so, daß der Mieterschutz eigentlich eine Art Exportprodukte darstellt, ohne die die schwere Industrie Österreichs sich kaum auf ihrer heutigen Höhe behaupten könnte. Wenn trotzdem die bürgerlichen Parteien den Mieterschutz mit allen Mitteln zu Fall bringen suchen, dann tun sie es deshalb, weil in ihren Reihen die verhältnismäßig gut organisierten Gruppen der Hausbesitzer eine so starke Macht darstellen, daß sich ihr gegenüber die anders orientierten Teile des Bürgertums nicht durchsetzen können.

Die Heimwehrmänner haben sich, wie kaum anders zu erwarten war, auf die Seite der extrem kapitalistischen Gruppen gestellt. Sie drohen den Sozialdemokraten für den Fall, daß sie in der Frage des Mieterschutzes nicht klein beigeben, die Anwendung von Brachialgewalt an. Als eine Art Generalprobe dafür war der für den 7. Oktober in Wiener-Neustadt geplante Heimwehrmarsch geplant. Die Vertreter der Arbeiter des Wiener-Neustädter Industriebezirks, des größten industriellen Zentrums außerhalb Wiens, beantworteten die Ankündigung des Heimwehrmarsches mit dem Beschuß, um gleichen Tage und am gleichen Ort einen Arbeitertag abzuhalten.

Kein Zweifel, daß das gleichzeitige Stossen dieser beiden Veranstaltungen die Gefahr eines blutigen Zusammenstoßes aufhebt. Das sozialdemokratische Re-